

The Washington Post

»Pro-Demokratie-Programm« nach der Verhaftung eines Mannes in Frage gestellt

Von Mary Beth Sheridan
Mitarbeiterin der Washington Post

Freitag, 25. Dezember 2009

Die Verhaftung eines Auftragspartners der U.S.-Regierung in Kuba hat ein Schlaglicht auf das geheime U.S.-Demokratisierungsprogramm geworfen, das sich während der Bush-Administration aufgebläht hatte, das jedoch wegen seiner Handhabung und Effektivität dauernder Hinterfragung ausgesetzt war.

Das Kuba-Programm versucht, die „Informationsblockade“ der kommunistischen Regierung durch Einschmuggeln von Computern, Mobiltelefonen, DVD player und andere Kommunikationsausrüstungen auf die Insel zu umgehen. Sein Budget wuchs von 3,5 Millionen \$ im Jahr 2000 bis auf 45 Millionen \$ unter Präsident George W. Bush 2008 an, der die Förderung der Demokratie zur Priorität erhoben hatte.

Wenige bestreiten, dass Mittel wie Blogs, Twitter und YouTube das Informationsmonopol der kubanischen Regierung aufbrechen. Aber die Inhaftierung eines weiteren amerikanischen nicht öffentlich identifizierten Vertragspartners machte das Risiko des Versuchs, Kommunikationstechnologie in den Polizeistaat zu schmuggeln, deutlich. Sie hat auch eine Debatte darüber wiederbelebt, ob das U.S.-Demokratisierungsprogramm für Kuba, wie auch ein ähnliches Programm für den Iran, nach hinten losgehen, indem sie Dissidenten der Anklage aussetzen, sie seien U.S.-Marionetten.

„Es zeichnet sie. So etwas ist fast wie ein Geschenk an das Castro-Regime,“ sagte Ted Henken, ein Soziologe am Baruch College, der die wachsende kubanische „blogosfera“ [Bloggerszene, Anm. d. Ü.] studierte.

Seit es 1997 auf den Weg gebracht wurde, geriet das Kuba-Programm wegen seines dürftigen Managements unter Beschuss. Eine Abschlussprüfung seitens des Government Accountability Office [Regierungsrechnungshof, Anm. d. Ü.] 2006 befand, dass Gruppen nach dem Erhalt von 4,7 Millionen \$ an Zuschüssen für Demokratieförderung zahlreiche fragwürdige Käufe damit getätigt hatten, dazu gehörten Godiva-Schokolade und Nintendo Game Boys. 2008 bekannte sich ein früherer Angestellter einer der kubanisch-amerikanischen Gruppen dazu, ungefähr 600.000 \$ aus Spendengeldern für „Pro-Democracy“ gestohlen zu haben.

Senator John Kerry (D-Mass.), Vorsitzender des Senatskomitees für Ausländische Angelegenheiten, forderte in diesem Monat eine Überprüfung des Kuba-Programms, indem er sagte, es „mag edle Ziele haben, wir müssen jedoch untersuchen, ob wir sie erreichen.“ Der Kongressabgeordnete Howard. L. Berman (D-Calif), Vorsitzender

des Kongresskomitees für Ausländische Angelegenheiten, schrieb im April an die Außenministerin Hillary Rodham Clinton und bat sie um „ein robusteres Verfahren“ zur Auswertung der Ausgaben und Ergebnisse dieses „problematischen“ Programms.

Die Obama-Administration hat das Kuba-Demokratie-Programm weiterhin unterstützt, das für die Jahre 2009 und 2010 20 Millionen \$ erhielt.

Dessen Unterstützer sagen, dass, obwohl es schwer sei, die Effektivität des Programms zu messen, es entspreche jedoch dem Anliegen von Kubanern, die für die Ausübung von Grundrechten bereit seien, Risiken auf sich zu nehmen.

„Das Castro-Regime gibt vor, ein Monopol auf die Wahrheit zu haben und für alle Bedürfnisse der kubanischen Gesellschaft Sorge zu tragen. Tatsächlich tut es das nicht,“ sagte Daniel Calingaert von Freedom House, einer Demokratieüberwachungsgruppe. „Und die Unterstützung von außerhalb ist wichtig, denn sie gibt Kubanern bessere Gelegenheiten, für sich selbst zu sprechen und ihre eigenen Probleme mit ihren eigenen Initiativen anzusprechen.“

Der kubanische Präsident Raúl Castro sagte, der am 5. Dezember inhaftierte Vertragspartner habe illegale Satelliten-Kommunikationsausrüstung an Bürgergesellschaftsgruppen geliefert. Quellen aus dem State Department und dem Kongress besagen, der Mann, ein Computerspezialist aus Bethesda, sei mit einem Touristenvisum eingereist, habe nicht mit politische Dissidenten zusammengearbeitet, sondern Mitglieder einer Internetgemeindegruppe aufgegebelt.

„Überall sonst wäre dies eine ausgesprochen harmlose Aktion gewesen,“ sagte ein Beamter des Außenministeriums, der wegen der sensitiven Angelegenheit nur unter der Bedingung aussagte, anonym bleiben zu können.

Der Fall hat dennoch neue Spannungen im U.S.-kubanischen Verhältnis ausgelöst, das die Obama-Administration versucht hatte, mit Schritten wie der Aufhebung von Beschränkungen von Familienbesuchen auf die Insel zu verbessern. In einer Rede am vergangenen Wochenende klagte Castro die Obama-Administration der zunehmenden Unterstützung der „offenen und verdeckten Subversion“ an. Die kubanische Regierung hat U.S.-Diplomaten keinen Zugang zu dem Vertragspartner gewährt.

Seit das Kuba-Demokratie-Programm Mitte der 1990er startete, war es geheimnisumwittert. Es hatte Nichtregierungsgruppen mit Zuwendungen versorgt, die dann Kurzwellenradios, Laptops, Fotokopierer, Bücher und andere Artikel in das kommunistische Land schickten, oft in den Koffern als Touristen getarnter Freiwilliger. Einige Spendengelder gehen auch als humanitäre Hilfe an Dissidentenfamilien und werden für Aktionen genutzt, die sich auf den Menschenrechtsbericht und auf den Post-Castro-Wechsel konzentrieren.

In den vergangenen zwei Jahren hat die U.S.-Regierung ihre Bemühungen verstärkt, Verfahrenstechniken in Kuba einfließen zu lassen wie neue Gesetze, die Kubanern erlauben, Mobil-Telefone und Laptops zu kaufen. Der Zugang zum Internet bleibt beschränkt und teuer auf der Insel. Beamte im State Department und die „U.S. Agency for international Development“ haben sich teilweise wegen der finanziellen

Rechenschaftspflicht mehr auf private Vertragspartner verlegt. Eine dieser Organisationen, die in Bethesda ansässige „Development Alternatives“ beschäftigt den Mann, der jetzt im Gefängnis ist.

Das State Department und USAID-Beamte haben sich geweigert, die an dem Programm beteiligten Gruppen zu nennen.

Das Demokratie-Programm ist sowohl für Zulieferer als auch für die Empfänger der Ausrüstung riskant. Die kubanische Regierung stellte sich auf dieses Programm ein, das 1996 unter dem Helms-Burton-Gesetz eingerichtet wurde, indem sie dafür Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren vorsieht. Der kubanische Geheimdienst hat viele Dissidentengruppen, auf die diese Beihilfe zielte, infiltriert.

Henken sagte, dass das Programm die U.S.-Bemühungen um den Aufbau von Vertrauen bei der kubanischen Regierung untergrabe. Während seiner Rede vor der Expertenkommission für „Inter-American Dialogue“ sagte er, die Obama-Administration sollte den Informationsfluss durch kulturellen und akademischen Austausch fördern und das Reiseverbot für U.S.-Touristen auf die Insel aufheben – eine Position, die bei einigen amerikanischen Gesetzgebern Gefallen gefunden hat.

Andere Gesetzgeber verspotteten diesen Gedanken jedoch mit der Bemerkung, dass sich das politische System Kubas in den letzten Jahren auch durch die Flut von europäischen und kanadischen Feriengästen nicht geändert habe.

„Angesichts eines Regimes, wie es heute in Kuba existiert, ist jede Bemühung, politische Grundrechte durchzusetzen, mit einem Risiko verbunden. Aber die Leute, die an diesen Programmen teilnehmen, haben eindeutig gezeigt, dass sie bereit sind, das Risiko zu tragen,“ sagte ein früherer U.S.-Beamter, der nicht zu einem Kommentar des Berichts berechtigt war.

Thomas Carothers, ein Demokratieexperte an der „Carnegie Endowment for International Peace“ sagte, Kuba sei ein Beispiel dafür, wie schwer es für Außenstehende sei, totalitäre Gesellschaften zu verändern.

„Im Allgemeinen ist die Erfahrung bei dem Versuch, Demokratie zu fördern oder dem Versuch, Hilfestellung mit Programmen, zur Erleichterung von Demokratie in geschlossenen Gesellschaften zu leisten, mit sehr viel Frustration verbunden,“ sagte er.

Quelle: <http://www.miami5.de/informationen/presse-091229.html>

Kuba gewährt U.S.-Diplomaten Zugang zu dem verhafteten Amerikaner

Von Paul Haven

The Associated Press, in Washington Post

Dienstag, 29. Dezember 2009

Havanna: Die kubanische Regierung habe einem U.S.-Diplomaten Zugang zu einem inhaftierten amerikanischen Bürger gewährt, der beschuldigt wird, als Unterhändler der Regierung Dissidentengruppen mit Kommunikationsausrüstung versorgt zu haben, sagte ein U.S.-Beamter am Dienstag in Havanna.

Der Fall hat Anschuldigungen des kubanischen Präsidenten Raúl Castro ausgelöst und habe nach Monaten langsamen, aber stetigen Fortschritts in Richtung einer Entspannung der während eines halben Jahrhunderts verfahrenen diplomatischen Situation die U.S.-Kuba-Beziehungen weiter belastet.

Laut einer Sprecherin der U.S.-Interessenvertretung, die Washington in Havanna statt einer Botschaft unterhält, habe der Besuch des Konsularbeamten am Montag an einem geheim gehaltenen Ort stattgefunden, wo der Amerikaner nach seiner Verhaftung Anfang Dezember in Haft gehalten werde.

"Gestern wurde uns von den Kubanern der Zugang gewährt," teilte Gloria Berberia der Associated Press mit. "Er wurde von einem Konsularvertreter aus der U.S.-Interessensvertretung besucht."

In Washington sagte der Sprecher des State Departments Ian Kelly, die Obama-Administration bleibe "auf das Wohlbefinden des inhaftierten U.S.-Bürgers fokussiert."

Beide weigerten sich unter Berufung auf Datenschutzgesetze, irgend welche weiteren Details über die Begegnung, den Aufenthaltsort des Verhafteten oder dessen Befinden preiszugeben. Keine der Regierungen hat ihn identifiziert.

Das State Department sagte zuvor, dass er als Unterhändler für eine in Maryland ansässige Organisation für wirtschaftliche Entwicklung "Development Alternatives Inc." [AG für alternative Entwicklungen, Anm. d. Ü.] arbeite.

Jim Boomgard, der Präsident und Chef des Unternehmens, sagte, er sei an einem neuen, zur "Stärkung der bürgerlichen Gesellschaft und Unterstützung gerechter und demokratischer Regierung in Kuba" vorgesehenen USAID-Programms beteiligt gewesen.

Nach zwei Wochen des Schweigens erkannte Raúl Castro erstmalig am 20. Dezember die Inhaftierung in einer Ansprache vor dem Parlament offiziell an und sagte, der Amerikaner sei wegen Verteilung illegaler Satellitenkommunikationsausrüstung verhaftet worden.

"Die Vereinigten Staaten werden nicht aufhören, die Revolution zerstören zu wollen," sagte Castro, indem er sich auf die Rebellion seines Bruders Fidel berief, die am Neujahrstag 1959 triumphiert hatte.

"In den vergangenen Wochen haben wir das Voranschreiten der Bemühungen der neuen Administration auf diesem Gebiet beobachtet," sagte er und fügte hinzu, dass die Verhaftung "demonstriert, dass der Feind so aktiv wie eh und je ist."

Das Verhältnis zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten begann, sich zu verbessern, wenn auch nur bescheiden, nachdem Präsident Barack Obama im Januar sein Amt angetreten hatte. Der U.S.-Präsident hatte die Finanz- und Reisebeschränkungen für Cubano-Amerikaner aufgehoben, die ihre Verwandten auf der Insel besuchen wollen, und beide Seiten begannen, den direkten Briefkontakt miteinander wieder aufzunehmen.

Aber die Hoffungen auf Entspannung sind in den letzten Wochen zerstoßen.

Kuba hielt ausgedehnte Kriegsspiele zur Vorbereitung auf das ab, was man eine mögliche U.S.-Invasion nennt. Washington beklagte einen angeblichen Angriff von Geheimdienstagenten auf eine regimekritische Bloggerin. Und sowohl Fidel Castro als auch der kubanische Außenminister kritisierten Obamas Vorstellung auf dem Klimagipfel in Kopenhagen.

Eine für diesen Monat anberaumte Gesprächsrunde in Havanna zum Thema Auswanderung wurde verschoben. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig für diese Verzögerung.

Dieser Beitrag stammt von Matthew Lee, Associated Press-Autor in Washington.

Deutsch: ¡Basta ya! (jmb)